

Am 26. September 2016 wurde das Friedensabkommen zwischen Regierung und FARC in Havanna unterzeichnet. Das Magazin EL ESPECTADOR zieht nach einem Jahr Bilanz.

Das erste Jahr der Umsetzung des Friedensabkommens

(24.9.2017)

Am Dienstag wird ein Jahr vergangen sein, seit in Havanna das Friedensabkommen unterzeichnet wurde. Seitdem läuft ein Wettlauf gegen die Zeit, um ein Minimum der dort geschlossenen Vereinbarungen umzusetzen.

Es ist der Jahrestag des bei der Volksabstimmung gescheiterten Vertrages. Am 26. September 2016 trafen sich in Havanna Präsident Juan Manuel Santos und der oberste Chef der FARC Timoleón Jiménez (Timochenko), um vor dem Volk und in Anwesenheit der internationalen Gemeinschaft den endgültigen Text zu unterzeichnen, mit dem das Ende des bewaffneten Konflikts in Kolumbien vereinbart wurde. Und obwohl dieser Text anschließend in der Volksabstimmung am 2. Oktober 2016 abgelehnt wurde, wodurch eine Modifizierung des Abkommens erforderlich wurde, halten diejenigen, die den Friedensprozess genau verfolgen, die Lupe auf die Einhaltung der Vereinbarungen aus dem Friedensdokument.

Daher ist es nicht gedankenlos, nachdem dieses erste Jahr vergangen ist, eine vorläufige Bilanz des Positiven, des Negativen, also des Guten, des Schlechten und des Abstoßenden im Zuge der Umsetzung zu ziehen. Zunächst ist zu sagen, dass am 30. November die speziellen Bestimmungen auslaufen werden, die im Eilverfahren die Umsetzung der Vereinbarungen ermöglichen sollten. Das beschleunigte Verfahren der Gesetzgebung im Parlament (sog. „Fast Track“=A.d.Ü.) kann nicht verlängert werden, und parallel zu diesem Ende spezieller juristischer Vorschriften läuft auch die Verpflichtung der Regierung aus, die in den Sammelzonen anwesenden früheren Kämpfer der FARC zu versorgen. Die Pachtverträge in diesen Zonen laufen aus, und die Zukunft der entwaffneten FARC-Mitglieder ist ungewiss.

Die FARC meint, der Staat habe sich nicht auf die Umsetzung vorbereitet, und seine Pläne hätten nur bis zur Niederlegung der Waffen gereicht. Das Bestreben der Exekutive sei letztlich darauf gerichtet gewesen, die Verpflichtung zur Entwaffnung der Guerrilla zu erfüllen, obwohl eine konkrete Marschroute für den Prozess der Wiedereingliederung- vermutlich in kollektiver Form- bereits existierte. Zum Beispiel hat die Genossenschaft Ecomún, gegründet um produktive Projekte der früheren Kämpfer zu finanzieren, noch nicht begonnen zu funktionieren infolge der Ungewissheit wegen der Langsamkeit und oftmals auch der Inaktivität, mit der die Verwaltung die Projekte behandelte, die alle zu dem ersten Kapitel der Friedensverhandlungen in Beziehung stehen, nämlich der integralen Agrarreform.

Und diese Besorgnisse haben dazu geführt, dass wichtige Teile der mittleren Befehlsebene der Guerrilla desertiert sind. Dazu gehört der Fall von Edgar Salgado, Kampfname Rodrigo Cadete, früher Kommandant der 27. Front, von dem erst vor wenigen Tagen bekannt wurde, dass er mitten im Umsetzungsprozess spurlos verschwunden ist. Im Sumpf versunkene Versprechungen, dazu das Misstrauen, das entstand, weil er nicht sicher war, ob die Regierung wirklich die Auslieferung an die USA vermeiden würde, haben zu seinem Entschluss und dem mehrerer anderer Mitglieder der FARC geführt, den Weg der Dissidenten einzuschlagen.

Aber auch auf dem Feld der Politik gab es Faktoren, die das Vertrauen zwischen beiden Seiten betroffen haben. Es war der Amtsverzicht von Sergio Jaramillo als Friedenskommissar, der den Bruch einer „Freundschaft“ zwischen FARC und Regierung kennzeichnete. Warum? In der neuen Partei, die sich Alternative Revolutionäre Kraft Kolumbiens nennt, kam nicht gut an, wie man mit den Listen

ihrer Mitglieder umging, die sie vertraulich dem Kommissar vorgelegt hatte. Das Durchsickern dieser Liste, das kurz nach der Amtsübernahme des Nachfolgers Rodrigo Rivera erfolgte, schlug bei der FARC wie eine Bombe ein.

Und zu dieser Krise tritt die Rolle, die staatliche Institutionen gespielt haben, ähnlich einer „Aktion Schnecke“ und mit kleinkrämerischer Beaufsichtigung, wodurch essenzielle Aspekte des Abkommens von Havanna ins Straucheln kamen. Auch im Kongress ist die Lage nicht einfach. Der zweite und der dritte Zeitraum des „Fast Tracks“ fielen zusammen mit höchst komplexen legislativen Prozessen im Vorlauf zu den Wahlen im März und Mai 2018, was dazu führte, dass verschiedene Parteien bestimmte Projekte ablehnten und damit den Fortgang des Friedensprozesses behinderten.

Die Prioritäten dieses Halbjahres liegen weiterhin auf dem Gesetz, mit dem das Statut der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) festgelegt werden wird, das außerdem die besonderen Wahlkreise festlegen soll, die der FARC zustehen sollen und das zudem die Landeigentumsrechte regeln wird als Voraussetzung für die Agrarreform. Ersteres ist ohne Zweifel das Komplizierteste, denn das Auswahlkomitee ist bereit, diese Woche die endgültige Liste der Richter vorzulegen, aus denen das Tribunal für den Frieden und die Kammern der JEP gebildet werden soll, ein zeitweiliges Justizsystem, das jedoch noch weit davon entfernt ist, seine Arbeit aufzunehmen. Die Begründung zu diesem Gesetz über das Statut ist noch gar nicht formuliert, aber am schwerwiegendsten ist, dass das Gesetz auch noch eines danach zu erlassenden Verfahrensgesetzes bedarf, dessen Beratung nicht mehr in diesem Jahr stattfinden wird und das vor allem nicht mehr via „Fast Track“ verabschiedet werden kann. Kurz gesagt, wenn die Richter ernannt sind, müssen sie zunächst „auf Verdacht arbeiten“, wie ein Abgeordneter gegenüber EL ESPECTADOR zugab.

Zudem besteht die Staatsanwaltschaft weiterhin darauf, dass in dem normativen System der JEP ein Bezug zum Vermögen der FARC hergestellt wird. Zum Beispiel, dass Kompetenzfragen geklärt werden, um künftige Konflikte zwischen der Übergangs- und der normalen Justiz zu vermeiden. Es soll unterschieden werden zwischen Gütern, die der FARC im Konflikt zufielen und anderen, die sie sich auf illegale Weise aneignete, wozu gehört, dass eine geeignete Methode etabliert wird, wie diese Vermögenstitel im legalen Bereich formalisiert werden können.

Was die politische Reform angeht, so wachsen die Zweifel, ob ihr Inhalt in einem direkten Bezug zum Friedensabkommen steht und, ist dies nicht der Fall, ob die Reform ebenfalls über den „Fast Track“ beschlossen werden kann. Hinzu kommt noch die Polemik zwischen Regierung und Repräsentantenkammer, die bisher die 2. Lesung der Reform noch nicht auf ihre Tagesordnung gesetzt hat. Kammerpräsident Rodrigo Lara argumentiert in Antwort auf einen diesbezüglichen Brief von Innenminister Guillermo Rivera, es gebe andere Prioritäten für das Land als das von ihm so genannte „Gesetz Jesus Christus“.

„Das Panorama ist sehr verfinstert hinsichtlich einer Verabschiedung der politischen Reform und auch ganz allgemein für die Umsetzung des Abkommens“, erklärte ein anderer Abgeordneter gegenüber diesem Magazin. Und die Realität zeigt einen Widerspruch zwischen einer verbrauchten Regierung und einem Parlament, das eher an die Wahlen denkt, mit einer Regierung, die nur noch über sehr knappe Mehrheiten verfügt. Das erschwert die Verabschiedung der Texte, die noch fehlen als Schritt zum Frieden. „Die Wahlen rücken näher und das bewegt in Wirklichkeit die Abgeordneten“, fügte der erwähnte Abgeordnete hinzu.

Wie jemand sagte, wurde der Friedensvertrag für Kolumbien geschlossen und nicht für die Schweiz, und hier ist die Umsetzung eine noch größere Utopie als die seines Abschlusses. Nunmehr steht diese Aufgabe vor nicht geringen Schwierigkeiten, und dafür bedarf es mehr politischen Willens als das eigene juristische Ränkespiel, damit das Ende des Konflikts materiell abgesichert werden kann.

